

Beihilfe auch für GKV-versicherte Beamte

Der Hamburger Senat beschließt Gesetz mit bundesweiter Signalwirkung: Beihilfe gibt es künftig auch als GKV-Mitglied.

HAMBURG. Pünktlich zum Start der Sondierungen zwischen Union und SPD am Mittwoch setzt der Rot-Grün regierte Hamburger Senat ein Signal in Richtung Bürgerversicherung. [Beamte in der Hansestadt sollen ab August 2018 die Wahl haben zwischen Beihilfe und der Krankenversicherung in der GKV.](#) Der am Dienstag beschlossene Gesetzentwurf wird nun der Bürgerschaft zur Beratung vorgelegt. Hamburg schreibe mit der Regelung „Sozialgeschichte“, erklärte der Erste Bürgermeister Olaf Scholz (SPD).

Hamburg setzt auf Nachahmer

Die Hansestadt leiste einen Beitrag, um das Krankenversicherungssystem zu modernisieren, umschrieb Scholz die bundespolitischen Implikationen. Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks (SPD) machte klar, dass sie auf Nachahmer hofft. Ziel sei eine „bundeseinheitliche Lösung im Beitragsrecht der GKV“.

Bisher besteht die Wahlfreiheit für Beamte de facto nur auf dem Papier. Wenn sie sich nicht für die Beihilfe zusammen mit einer PKV-Police entscheiden, müssen sie den Arbeitgeberanteil für ihre gesetzliche Krankenversicherung selbst tragen. Aktuell gibt es in Hamburg 2400 freiwillig GKV-versicherte Beamte. Der Senat gibt die Mehrkosten des Modells für diese Gruppe mit mindestens 5,8 Millionen Euro pro Jahr an.

Junge Lehrer sind Zielpublikum

Das geplante Inkrafttreten zum August ist kein Zufall. Zu diesem Zeitpunkt werden insbesondere im Schuldienst neue Lehrer als Beamte eingestellt. Die Hamburger Regelung zielt ausdrücklich vor allem auf Beamte zu Beginn ihrer Laufbahn. Sie können ab kommendem Sommer die Beihilfe als Pauschale erhalten, die sich am hälftigen GKV-Beitrag bemisst. Beamte erhalten damit – anders als in der PKV – Zugang zur Familienversicherung und müssen bei Vorerkrankungen keine Risikozuschläge mehr zahlen. Allerdings gibt es von der GKV keinen Weg zurück zur Beihilfe alter Prägung.

Das Hamburger Modell hat langfristig Sprengwirkung für die PKV. Rund 43 Prozent aller PKV-Versicherten sind Beamte oder Pensionäre. Die AOK Plus streckt bereits die Fühler nach neuen Mitgliedern aus. In Sachsen wird die Nachverbeamtung angestellter Lehrer diskutiert. Die Kasse forderte deren Wahlfreiheit. (fst)